

Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage.
Preis: 10 Pf. 1/2 Bogen 5 Pf. 1/4 Bogen 2 Pf. 5 Bogen 10 Pf.
Bei all. and. Postämtern u. Zeitungsverkäufern zu beziehen.
N. O. 11-12 1896

Unabhängiges Tageblatt f. Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Interess. machen die Spezial-Beilage über den Raum mit
15 J. 1. Klasse m. 50 J. die Zeile, bezahl. v. Wied. bezahl. bezahl.
Sachverständ. Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden.
Wismar Straße 48. — Fernsprecher Nr. 1296.

Schluss der Marokko-Debatten.

Nach dem deutschen Reichstage hat jetzt auch die französische Deputiertenkammer sich mit dem Ergebnis der Marokko-Konferenz befasst und wir dürften damit an den Schluss der Marokko-Debatten angelangt sein.

Zum Reichstage haben diese bekanntlich mit einer schrillen Diffonanz geschlossen; nicht wegen Marokkos, sondern durch das tiefe Unwohlsein des Reichskanzlers, dessen Folgen gegenwärtig immer noch nicht absehbar sind. In der Sache selbst herrschte im Reichstage eine große Einmütigkeit; alle bürgerlichen Parteien billigten die Haltung des Reichskanzlers und sprachen dies als ihre ehrliche Ueberzeugung aus. Wohl niemand wird den Standpunkt des Abg. ordneten Liebermann v. Sonnenberg teilen, der da meinte, daß die Haltung des Reichskanzlers in dieser Frage auch dann vom Reichstage verteidigt werden müßte, wenn man selbst mit derselben nicht einverstanden sei. Solche Theater-Inszenierung kann eine große Fraktion nicht treiben; sie ist sich selbst, dem Volke und schließlich auch den leitenden Persönlichkeiten schuldig, ihre Ansichten offen zum Ausdruck zu bringen. Das Zentrum hat dies auch getan; es stimmte zu, wo es nach seiner Ansicht zustimmen konnte; es tadelte aber auch den persönlichen Zug, der sich in unserer auswärtigen Politik geltend macht. Wenn der leichte Schlaganfall des Reichskanzlers nicht die Debatten unterbrochen und gedämpft hätte, wäre wohl mehr Temperament in diese gekommen; aber so stand alles unter dem Eindruck einer lebhaften Besorgnis, und das Redegericht ging ohne Knall und Treffer aus.

Jetzt hat die französische Deputiertenkammer auch ihre Marokko-Debatte gehabt. Das neue Ministerium war höchst vorsichtig; der Minister des Auswärtigen, Bourgeois, hat eine ganz genau formulierte Erklärung verlesen; er ließ sich auch im Laufe der Sitzung auf keine Debatte ein. Die Erklärung ist so ausgefallen, wie wir es vermuteten. Mit gedämpftem Trommelfang wird der Sieg Frankreichs verkündigt. Man merkt es dem Resumé sehr gut an, mit welchem Wohlbehagen die leitenden Männer dieses verfertigt haben; überall wird der Erfolg Frankreichs in den Vordergrund gestellt. Wo irgend einmal die Sonderrechte Frankreichs unterstellt worden sind, hebt es die Erklärung hervor. Im übrigen zählt die Erklärung nur auf, was Frankreich erreicht hat, und feierte am Schlusse die Bündnistreue der befreundeten Mächte. Die Verlesung dieser rein sachlichen, mit Ausnahme der Schlussätze etwas trockenen Erklärung wurde durch Beifall unterbrochen, als Bourgeois die Lafray und Geschäftlichkeit Revoils lobte und als er die Unterstützung hervorhob, die Frankreich bei den ihm alliierten und befreundeten Mächten gefunden hat. Die Schlussworte: „Frankreich hat die Dankbarkeit seiner Alliierten und seiner Freundschaften prüfen können, zu denen andere kostbare Sympathien getreten sind; es schöpft aus dieser Situation um so mehr Kräfte. Daß es diese Kräfte einzig im Interesse der Zivilisation zu verwerten wünscht“ — wurden von fast allen Deputierten applaudiert. Die hierauf entstehende Debatte war von ganz untergeordneter Bedeutung; von den hervorragenden Parlamentariern hat niemand das Wort ergriffen; es scheint eine stille Abmachung unter denselben stattgefunden zu haben. Nur ein Ausfall des Sozialisten Nauquet verstoßte die Kammer in etwas Aufregung. Es wurde unliebsam aufgenommen, als dieser vor der neuen Russenankunft warnte. Jetzt hat Rußland für sein Verhalten den verdienten Lohn. Deutschland verächtlich seine Kräfte und in Frankreich werden sich auch viele Leute sehr zurückhaltend benehmen. Die Sitzung schloß mit einer großen Vertrauenskundgebung für das Ministerium und dann sind die Konferenzkosten von der Kammer einstimmig bewilligt worden; selbst die Sozialdemokraten stimmten hierfür, was in Deutschland nicht so bald eintreten wird.

Eine etwas überraschende Kundgebung kommt aus Washington für uns Deutsche; Präsident Roosevelt hat eine Abordnung des deutschen Kriegerbundes empfangen und hierbei in einer Ansprache den deutschen Kaiser und das deutsche Volk zu dem in Algerien erzielten Erfolge beglückwünscht. Er glaubte, sagte der Präsident, daß das Ergebnis der Konferenz die Beziehungen zwischen den beiden mächtigen Staaten Frankreich und Deutschland freundlicher gestalten werde. „Es ist meine Hoffnung und mein Wunsch“, sagte er hinzu, „wie es die Hoffnung und der Wunsch eines jeden sein muß, der es gut mit der Menschheit meint, daß diese freundlichen Beziehungen nicht allein ungebrochen fort-dauern, sondern stets an Stärke zunehmen möchten.“ Was die Konferenz in Algerien angeht, so hätten die Amerikaner als Nation daran wenig Interesse, außer daß es immer ihre Sorge sei, überall Gerechtigkeit walten zu sehen, und daß sie, so weit sie es angemessenerweise tun können, für die Sache des internationalen Friedens und internationaler Freundschaft wirken wollen. Der Präsident bemerkte ferner, keine Rasse habe den Amerikanern bessere Eigenschaften gegeben, als die Männer deutschen Stammes und Blutes. Diese Worte klingen sehr hübsch und wir sind auch über diese erfreut. Aber wir würden es noch lieber sehen, wenn Präsident Roosevelt denselben auch die Taten folgen lassen würde, d. h. wenn er dafür sorgen würde, daß endlich ein Handelsvertrag zwischen Deutschland und der Union zu stande kommt. So lange die amerikanische Zollbehörde unsere deutsche Einfuhr derart diskriminiert, wie es heute der Fall ist,

kann man leider auch solchen Worten nicht uneingeschränkten Beifall zollen! Taten wollen wir sehen!

Am Ende der Marokko-Debatten geizt es sich, dem leitenden Reichskanzler den Dank des deutschen Volkes dafür auszusprechen, was er im letzten Jahre für uns getan hat. Die Entscheidung über Krieg und Frieden stand manchmal auf des Messers Schneide, Fürst Bülow wollte den Krieg nicht und er hat hierin gut getan. Ein temperamentvoller Kanzler hätte uns in böse Verwicklungen führen können. Wenn wir diesen entkommen sind, ist es in erster Linie sein Verdienst, das stets bestehen bleiben wird. Möge er bald vollständig hergestellt sein!

Politische Rundschau.

Dresden, den 17. April 1906.

— Kaiser Wilhelm hat an den österreich-ungarischen Minister des Auswärtigen, Grafen Goluchowsky, folgende Dankesdepesche gerichtet: „In dem Augenblick, da ich mit Genehmigung Ihres allergnädigsten Herrn dem Grafen Belfersheim das Großkreuz des Roten Adlerordens übersende zum Danke für seine erfolgreichen Bemühungen in Algerien, drängt es mich, Ihnen von Herzen aufrichtigsten Dank zu sagen für Ihre unergründliche Unterstützung meines Vertreters. Eine schöne Tat des treuen Bundesgenossen! Sie haben sich als brillanten Sekundanten auf der Renfure erwieisen und können gleichen Dienstes in gleichem Maße auch von mir gewiß sein. Wilhelm I. R.“ Diese Kundgebung wird außer in Paris ganz besonders in Rom Eindruck machen, wo man von deutscher Seite keinen solchen Dank zu erwarten hat.

— Der Kaiser hat den früheren Kolonialdirektor Dr. Stübel zum außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister in Christiania ernannt.

— Die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den früheren Reichskanzler Fürsten Philipp zu Eulenburg gibt einem Berliner Korrespondenten der „Schl. Ztg.“ Anlaß zu allerlei Kombinationen, ohne daß sich vorläufig erkennen läßt, wie weit es sich hierbei um persönliche Mutmaßungen oder um einen realen Hintergrund handelt. Fürst „Phil“, so nennt ihn der Kaiser, „ist „Kanzlermacher“ sein.“ Doch er großen Einfluß ausübt, wissen wir. Aber jetzt dürfte dieser doch etwas geschwunden sein.

— General von Gottberg. Im Alter von 64 Jahren starb zu Berlin am 13. d. Mts. der Generalleutnant z. D. Hans von Gottberg. Er war zuletzt Kommandeur der 20. Division in Hannover.

— In der Frage der Steuerreform sollen, wie die „Neue militärpolitische Korrespondenz“ erfährt, hinter den Kulissen Verhandlungen eingeleitet sein oder eingeleitet werden, um ein Kompromiß herzustellen, und zwar sollen sich die Verhandlungen zwischen der Regierung und der Zentrumsparthei abspielen. Die erwähnte Korrespondenz gibt Einzelheiten über das Kompromiß. Danach würden die Fahrkartensteuer, die Reichserbschaftsteuer, die Biersteuer, eine Reform der Maßbranntsteuer, eine Wehrsteuer und schließlich Ausfuhrzölle auf Itali und Lumpen als Deckungsmittel in Betracht kommen. Jedenfalls ist diese Darstellung nicht zutreffend; bis jetzt haben keine solche Verhandlungen stattgefunden, daß aber schließlich ein großes Kompromiß über die Steuerverlagen notwendig ist, ist selbstverständlich. Keine Fraktion wird alles durchgehen; jede wird nachgeben müssen, um das Ganze zu retten.

— Landwirtschaftsminister v. Rodde als Lieferant des agrarischen Milchhändlerverbandes. Eine interessante Aufklärung hat die Versammlung der Milchhändler gebracht. Der Syndikus des preussischen Milchhändlerverbandes, Rechtsanwalt Dr. Hatan, teilt nämlich dort mit, der Landwirtschaftsminister v. Rodde sei bis zum 1. April d. J. Milchlieferant des Verbandes der Milchhändler gewesen. Er habe also der (agrarischen) Milchzentrale wohl sein Ohr und seinen Arm geliehen, sein Portemonnaie aber nicht. Diese wirtschaftliche Haltung des Herrn v. Rodde ist um so auffällender, als der Verband der Milchhändler die große Kampfgenossenschaft ist, die gegen die Zentrale ins Leben gerufen wurde. Die „Voss. Ztg.“, der wir vorliegende Mitteilung entnehmen, bemerkt zu dieser hübschen Geschichte: „Herr v. Rodde ist ein tüchtiger Offizier gewesen; als Staatssekretär des Reichspostamtes hat er sich als ein glücklicher Reformator erwiesen und als Landwirtschaftsminister hat er sich den Ruhm erworben, der entschlossenste Agrarminister zu sein, den Preußen jemals gehabt habe; trotzdem dünkt uns, daß er in all diesen Ämtern keinen eigentlichen Beruf verfehlt habe; wir sind überzeugt, daß er als Kaufmann oder Bankdirektor ganz Außerordentliches geleistet haben würde.“ — Dann ist Minister v. Rodde auch der Hauptinhaber an der Firma Lippelskirch u. Co.. Solche Vielfältigkeit trifft man allerdings bei einem Minister selten.

— Im badischen Landtage hat der „Bloc“ den Antrag eingebracht, die badische Regierung wolle im Bundesrat dafür eintreten, daß die Veteranenbeihilfe nicht bloß den dauernd erwerbsunfähigen, sondern allen der Unterstützung bedürftigen Kriegsteilnehmern gewährt wird. Wollten die Herren nicht auch sagen, woher sie die Gelder für diesen Antrag nehmen wollen? Bis im Reichstage mitgeteilt worden ist, kostet die Durchführung dieses Antrages 43 Mil. Mark pro Jahr. Nun also zu! Es wäre vielleicht besser, der „Bloc“ würde im badischen Etat vorerst den Anteil für seine Veteranen auswerfen. Der Antrag, wie er da vorliegt, ist eitel Spiegelschere und Volksbetrug!

— Die Münchener Sozialdemokraten haben beschloffen, den bedienenden Kellnerinnen das Trinkgeld zu entziehen, da sie der sozialdemokratischen Organisation nicht angehören und sich weigerten, ihr beizutreten. Die Aufforderung, den Kellnerinnen das Trinkgeld zu entziehen, ist um so menschenfreundlicher, als bekanntermäßen die Kellnerinnen lediglich von den Trinkgeldern leben müssen. Die Genossen beweisen damit wieder einmal, wie anständig ihre Kampfmittel sind.

— Im sozialdemokratischen Konsumverein zu Ronneburg (Thüringen), der gegenwärtig 600 Mitglieder zählt, wurde ein Fehlbetrag von 8000 Mark entdeckt. Alle Aufsichtsratsmitglieder und sämtliche Kassen, wie die des Geschäftsführers, waren von „Genossen“ befehlt. Der Geschäftsführer wurde von seinem Amte suspendiert und die Bücher wurden einem Revisor zur Untersuchung zugeandt, der einige Wochen brauchen wird, um ein klares Bild über die Lage zu geben.

Schweiz.

— Auf der Versammlung des schweizerischen Gewerkschaftsbundes in Basel, wurde die sogenannte direkte Aktion zu gunsten des Achtstundentages mit 135 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Auch der Antrag der Holzarbeiter, den Gewerkschaftsbund in der gegenwärtigen Form aufzulösen und nach Art der deutschen Generalkommission zu organisieren, wurde abgelehnt.

Rom.

— Kardinal Callegori, Bischof von Padua, ist am 14. d. Mts. gestorben. Er war am 4. November 1841 zu Venedig geboren und seit 1904 Kardinal.

Italien.

— Der deutsche Botschafter hat an den Minister des Auswärtigen ein offizielles Schreiben gerichtet, in dem er sein Beileid zu den schmerzlichen Ereignissen am Vesuv ausdrückt. In dem Schreiben heißt es: Der schreckliche Ausbruch des Vesuv, der die blühende Umgebung von Neapel verwüstete, habe in Deutschland die lebhaftesten und aufrichtigsten Sympathien hervorgerufen. Jetzt, wo die unmittelbare Gefahr vorüber zu sein scheint und man die Größe des Unglücks abmessen könne, wünsche die kaiserliche Regierung der königlichen Regierung und der italienischen Nation ihr Beileid und ihr herzlichstes Mitgefühl zu dem Unglück, das Italien durch diese neue Katastrophe getroffen habe, auszudrücken. — Nach den bei der Präsektur eingegangenen Nachrichten zeigen die Lavaströme bei Boscoreale, Boscoreto und Torre Annunziata keine Bewegung mehr. Eine Depesche des Professors Mattucci vom Beobachtungsturm meldet, die Instrumente waren gestern sehr ruhig und der Sandauswurf verringert; er sche in Ruhe einem befriedigenden Endverlauf des Ausbruchs entgegen. — Aus Ottaviano wird gemeldet: Hier fällt jetzt sehr dicke Aschen- und Sandregen; gestern früh 2 Uhr wurde ein leichter und um 5 Uhr ein starker Erdstoß verspürt. Die telegraphische Verbindung mit Terziano ist wieder in Ordnung. — Die „Patria“ schreibt zu dem Schreiben des Grafen Monts an den Minister des Auswärtigen: Die courtoisvolle Mitteilung des deutschen Botschafters kann nur hohe Befriedigung in Italien hervorrufen, das schon vertrieben! Male die Zuneigung Kaiser Wilhelms erfahren hat. „Gienale d'Italia“ erklärt: Man konnte an den Gefühlen der deutschen Regierung und des deutschen Volkes gegen Italien nicht zweifeln, die sich stets von aufrichtiger Sympathie und von Solidaritätsgefühl befeelt gegen uns gezeigt haben. Der deutsche Botschafter hat heute offiziell das zum Ausdruck gebracht, was die deutsche Presse bereits in den letzten Tagen hervorgehoben hat.

Frankreich.

— Der Senat fragte Senator Labiche wegen des Ausstandes der Postbeamten an. Minister Vauthou wiederholte darauf keine bereits in der Kammer abgegebenen Erklärungen und führte weiter aus: Der Ausstand ist ebenso ungerathen wie ungeschicklich. Er hat mit einem Gewaltstreik begonnen und sich dann zu einer friedlichen Revolte entwickelt. Die Regierung kann keine der gestellten Forderungen bewilligen, da sich diese als Drohungen darstellten. Die Beamten haben keinerlei Vererdigung zu diesem Ausstande. 300 Ausschüßige sind bereits entlassen worden, und diese Maßregeln sind ernst zu nehmen und werden endgültig in Kraft erhalten werden, denn die Regierung will sich nicht eines Verzichtes auf ihre Rechte schuldig machen.

— Der Senat und die Kammer haben am 14. d. M. abends das Gesamtbudget angenommen und sich darauf bis zum 1. Juni vertakt.

— In der Nacht des 15. d. M. hielten etwa 5000 Postunterbeamte eine Versammlung ab, in welcher beschloffen wurde, die ausländischen Briefträger mit allen Mitteln zu unterstützen. Die ausländischen Briefträger beschloffen, den Ausstand bis zum äußersten fortzusetzen. Dagegen wird gemeldet, daß die mit der Trudfadenbefestigung betrauten Briefträger am 15. d. M. die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Niederlande.

— Die zweite Friedenskonferenz wird nicht im nächsten Sommer stattfinden.

Portugal.

— An Bord des Panzerkreuzers „Lasco de Gama“ ist eine Meuterei ausgebrochen. Das Schiff war am 13. April abends vor Lissabon verankert, als plötzlich eine ungewöhn-